

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/222

19. November 1973

FDP als "Feindbild Nr. 2" der CDU

Sonst aber konnten die Vorsitzenden in Hamburg nichts Neues bieten

Seite 1 / 48 Zeilen

Bewahrt unser Volk vor Sensationsschaden!

Emotions-Schlagzeilen treiben Sorgen in die Hysterie

Seite 2 und 3 / 58 Zeilen

Großbritanniens erstes Europa-Jahr

Ein stabilisierender Faktor für die Europäischen Gemeinschaften

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Interessenpolitik als Entwicklungshilfe

Klarstellungen zum "Gastarbeiterprogramm" der CDU

Von Hans Matthöfer MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 6 und 7 / 72 Zeilen

FDP als "Feindbild Nr. 2" der CDU

Sonst aber konnten die Vorsitzenden in Hamburg nichts Neues bieten

"Diese unsere Union geht ihren eigenen Weg, weil wir glauben, daß dies der bessere Weg ist". Das ist das Schlußwort des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl in seiner Eröffnungsrede zum 22. Bundestag der CDU in Hamburg. "Unser großes politisches Ziel, das wir nicht nur für unsere Partei, sondern auch für unser Land und unser Volk anstreben, ist die Wiederübernahme der Regierungsgewalt in diesem Lande". Das ist das Schlußwort des CDU/CSU-Fraktionenvorsitzenden Prof. Karl Carstens in seiner Parteitage Rede.

Mit diesen beiden Sätzen ist der Sinngehalt der Reden der beiden Vorsitzenden nahezu erschöpfend umrissen und ausgelotet. Die Delegierten trösteten sich mit Beifallsstürmen, die bei Carstens noch intensiver waren als bei Kohl und die schließlich bei Biedenkopf sich sogar noch mehr steigerten, über die Tatsache hinweg, daß das neue Führungsteam der CDU praktisch nur Kritik, aber keine eigene Politik zu bieten hatte. Der Wahlverlierer vom 19. November 1972 hat auch ein Jahr später noch nicht zu der konkreten und kompakten Aussage gefunden, die ihn tatsächlich zu einer brauchbaren Alternative für die sozialliberale Koalition machen könnte. Ein Sprecher der Jungen Union tadelte in den Saal hinein: "Die CDU muß sich endlich ein klares Grundsatzprogramm schaffen, und dann wird sie auch klare Aussagen machen können!"

So blieb es im großen "Congreß-Centrum Hamburg" bei den großen Fragen. Kohl machte das etwas seltsamer, Carstens etwas eleganter und Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf in der eine gewisse Leichtigkeit vorspiegelnden Managerart eines leitenden Industrieangestellten, der zur Abwechslung Politik macht. Was zur Außenpolitik, zur Bündnispolitik, zur Ostpolitik, zur Deutschlandpolitik, zur Sicherheitspolitik, zur Europapolitik, zur Innenpolitik gesagt wurde, das war auch in den Worten nicht mehr neu. Alles war schon vorher einmal gesagt worden, von Carstens mehrfach im Bundestag, von Kohl mehrfach in Parteiversammlungen, von beiden mehrfach im Fernsehen. Auch was gegen die SPD ins Feld geführt wurde, war hinreichend sogar den Delegierten bekannt.

Neu waren nur die Angriffe gegen die FDP. Das war nach dem Wiesbadener Parteitag der Liberalen zu erwarten gewesen. Die FDP bildet jetzt für die CDU das "Feindbild Nr. 2". Voller Entrüstung wies Kohl es weit von sich, daß man um die FDP "liebesgeworben" hätte. Mit einem Male sind die Liberalen Scheels, Mischnicks und auch Genschers, die man vor kurzem noch aus der Koalition herausbrechen wollte, mindestens so böse und gefährlich wie die Sozialdemokraten. Die gekränkten Christdemokraten werden bissig, und sie werden zugleich billig. Diesen Gesamteindruck konnte auch Biedenkopf nicht mehr korrigieren, als er unterkühlt hochstapelte: "Unsere Argumente sind allemal die Besten". Da lachten sogar die Delegierten. Aber sie applaudierten sich selbst Mut zu, als die Vorsitzenden mit zu Herzen gehender Eindringlichkeit die Einheit der Partei beschworen.

(ee/19.11.1973/ks/ex)

+ + +

Bewahrt unser Volk vor Sensationsschaden!

Emotions-Schlagzeilen treiben Sorgen in die Hysterie

Die Sorgen, in die die Bundesbevölkerung durch die für die Masse sicherlich überraschenden Auswirkungen der Ölkrise gestürzt worden ist, wird durch eine geradezu atemberaubende Panikmache einer bestimmten Presse ins Abenteuerliche hochgepeitscht. In plakativem Stil jagen Boulevard-Blätter die Emotionen der Gruppen, die sich in ihrem Informationsbedürfnis nahezu ausschließlich auf sie verlassen, durch knallige Schlagzeilen in Angstgefühle hinein, die alle einschlägigen Bereiche umfassen: vom Benzin und Heizöl angefangen bis zu den Lebensmitteln. Hier wird eine potentielle Schockwirkung wie bei der Suez-Krise inszeniert, in deren Auswirkung es damals zu überstürzten Lebensmittelkäufen kam, die beispielsweise das Speiseöl zur Mangelware machten, für die unter der Ladentheke sündhafte Preise verlangt und bezahlt wurden.

Wer in diesen Tagen und Stunden in das Volk hineinhört, der sieht sich erschreckt einem politisch-psychologischen Klima gegenüber, in dem Vernunftsgründe nur mühselig zum Zuge kommen. Die Zahl der Benzinkanister, die wider alle Sicherheitsvorschriften in Garagen oder gar Kellern gestapelt werden, ist nur noch Beweis dafür, daß unrationale Emotionen um sich zu greifen beginnen: Als ob fünf oder zehn Kanister das ungehemmte Funktionieren des Privat-Pkws solange garantieren könnten, bis die Tankstellen wieder voll auslieferungsfähig sind! Als ob gehamsterte Tonnen voller Heizöl im Garten oder auch wieder im Keller schließlich mehr mit sich brächten, als den weiteren Anstieg der schon jetzt rundum unverantwortlich hohen Preise! Als ob zwei Säcke Kartoffel mehr oder Schränke voller Konserven uns vor einer eingebildeten Hungerkatastrophe bewahren sollten! Je mehr man die Menschen in die Läden und an die Tankstellen zwingt, desto mehr jagt man die

Preissteigerungswut derjenigen hoch, die an der Hysterie verdienen, und desto mehr treibt man die Hysterie an.

Es ist öffentliche Pflicht und Aufgabe, die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes auf dieses Treiben zu lenken und durch harte Aussagen dafür zu sorgen, daß dieser Hysterie-Antrieb so bald wie möglich gestoppt wird. Die Bundesbevölkerung muß eher heute als morgen erkennen, daß sie das Opfer von Agitationen wird, die niemand verantworten kann. Jede Schlagzeile, die zu einem neuen Schock für die angepeitschte Angst beiträgt, ist zu viel und nichts anderes als blanke Lust an Sensation, der es gleichgültig ist, welche Folgen damit heraufbeschworen werden.

Heute und hier sind das Verantwortungsbewußtsein und die Verantwortungspflicht aller Bundesbürger aufgerufen und aufgefordert. Jeder muß an seiner Stelle unverzüglich dahinwirken, daß wir um der sensationsgeborenen Hysterie wegen nicht allesamt Schaden leiden, an deren dann möglicherweise unvermeidlichen Folgen wir wiederum allesamt schwer zu tragen hätten. Dieses fleißige und hart arbeitende Volk hat es nicht verdient, daß man ihm die Nächte schlaflos macht und die Groschen aus den Taschen jagt. Niemand kann und wird in solchen Krisenzeiten Ruhe als die erste Bürgerpflicht verlangen, aber wer jetzt zuläßt oder gar selbst dazu beiträgt, daß die Vernunft aus den Fugen gerät, der soll und darf sich nicht wundern, wenn man ihn für das Leid, dem die Bundesbevölkerung deshalb ausgesetzt wird, dann auch öffentlich mitverantwortlich macht.

(e/19.11.1973/bgy/ex)

Dr. Erhardt Eckert

+ + +

Großbritanniens erstes Europa-Jahr

Ein stabilisierender Faktor für die Europäischen Gemeinschaften

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

In wenigen Wochen wird es ein Jahr sein, daß Großbritannien, Irland und Dänemark Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft geworden sind. Wenn es auch noch zu früh ist, ein endgültiges Urteil über den Beitritt dieser Länder und die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft abzugeben, so ist doch eine erste Bewertung schon jetzt angebracht.

Großbritannien hat sich in diesem Jahr als starker integrierender Faktor innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bewährt. Es hat nicht zuletzt durch seinen Beitritt mit zur Weltoffenheit dieser Gemeinschaft beigetragen. Es ist nur zu hoffen, daß es auch in den kommenden Jahren gelingt, diese als Programm bereits festgelegte Entwicklung zu konsolidieren, zumal damit Großbritannien seinen weltweiten Bindungen in geeigneter Weise gerecht werden kann und diese für die Gemeinschaft nutzbar gemacht werden können.

Besonders wertvoll war der Eintritt Großbritanniens in das Europäische Parlament. Der parlamentarische Funke des ältesten Parlaments der Welt sprang auf das Europäische Parlament über. Die Fragestunde wurde eingeführt. Die Debatten sind lebhafter geworden. Die Frage nach mehr Transparenz und einer verbesserten Kontrollbefugnis für das Europäische Parlament im Rahmen der Gemeinschaft wäre nie so intensiv aufgegriffen und vorangetrieben worden, besonders auf dem Gebiet der Budgetierung, wenn nicht die Briten gemeinsam mit den deutschen Kollegen hier immer wieder initiativ geworden wären und bleiben.

Vor wenigen Wochen waren britische Unterhausabgeordnete zu Besuch in Bonn. Wir können mit einer Renaissance des Austauschs

deutsch-britischer Parlamentariergruppen rechnen. In Kürze fahren fünf Bundestags-Abgeordnete unter Führung des SPD-MdB Peter Corterier nach London und hoffen auf gute Gespräche.

Als besonders wichtig wird in Großbritannien empfunden, daß Europa sich als Gemeinschaft der Regional-Politik annimmt. Vor einigen Tagen fand in Edinburgh eine Konferenz des Ausschusses für Regional-Politik des "Rates der Gemeinden Europas" statt. Dabei wurde das große Interesse daran deutlich, daß die Europäische Gemeinschaft die Fragen der europäischen Randgebiete zu einem der zentralen Punkte ihrer Aufmerksamkeit entwickelt. Je stärker die Haltung der Kommission in diesem Fragenkreis wird, umso gewichtiger ist die Chance, daß diese Aufgabe von ihr mit Erfolg angepackt werden kann. Von großer Bedeutung kann dabei werden, daß die im Rat der Gemeinden Europas vereinigten Gemeinden die Kommission nach Kräften unterstützen - besonders im Hinblick darauf, daß der Regionalfonds der Europäischen Gemeinschaft mit dem 1. Januar 1974 in Funktion tritt.

Mit Spannung kann man, wie alljährlich der "Königswinter-Konferenz" entgegensehen, die im Frühjahr 1974 in Edinburgh stattfinden soll. Die Wahl des Tagungsortes dürfte auch im Zusammenhang mit der Regional-Politik zu sehen sein, zumal in Schottland die Unzufriedenheit mit deren bisherigen Ergebnissen bei den kürzlichen Nachwahlen ihren Ausdruck gefunden hat.

Die britische Regierung mußte damit rechnen, daß "das erste Jahr Großbritanniens in Europa" nicht leicht sein würde. Alle Schwierigkeiten und Mängel, die wir überall auch zum Tagesgeschäft der britischen Innen- und Wirtschaftspolitik gehören, werden natürlich in dieser Phase allzu leicht der Europäischen Gemeinschaft angelastet. Wir jedenfalls hoffen auf ein gutes zweites Jahr und noch bessere kommende Jahre für Großbritannien und für Europa.

(-/19.11.1973/ks/ex)

+ + +

Interessenpolitik als Entwicklungshilfe

Klarstellungen zum "Gastarbeiterprogramm" der CDU

Von Hans Matthöfer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In einem "entwicklungspolitischen Gastarbeiterprogramm" fordert ein Sprecher der CDU die Bundesregierung auf, unsere Entwicklungshilfe verstärkt auf die Entsendeländer ausländischer Arbeiter zu konzentrieren und besondere Instrumente zur Förderung von Privatinvestitionen in diesen Ländern zu entwickeln. Mit diesem Programm verbindet sich eine Fülle von Ungereimtheiten.

Die CDU möchte, indem sie bewußte und unbewußte Vorurteile gegen ausländische Arbeiter in der Bevölkerung mit Stimmungsmache gegen die jetzige Form der Entwicklungshilfe verbindet, zwei Propagandafliegen mit einer Klappe schlagen. Wenn sie jedoch meint, Ursache des "Übermäßigen Gastarbeiterstroms" sei die "wirtschaftliche Unterentwicklung, Armut und Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern, die den südlichen und südöstlichen Vorhof der EWG bilden", und das Problem der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik sei daher "in erster Linie ein entwicklungspolitisches Problem" und Entwicklungspolitik könne "das Übel an der Wurzel packen", so offenbart die CDU hier nur - wie auf anderen Gebieten - ein falsches Verständnis der ursächlichen Zusammenhänge und daher auch der quantitativen beziehungsweise finanziellen Auswirkungen ihrer Vorschläge.

Ausländische Arbeiter wurden in ständig größeren Zahlen in die Bundesrepublik geholt als der Flüchtlingsstrom versiegte. Sie besetzten in aller Regel die unangenehmen, gefährlichen und schlechter bezahlten Arbeitsplätze, verursachten - weil sie oder ihre Kinder bei uns meist nicht zur Schule gehen, keine Altersheime benötigen, weniger Autos als die Deutschen fahren, sich in Lagern oder auf wenig Wohnraum zusammendrängen lassen usw. usw. - zuerst und auch jetzt noch immer geringe Infrastrukturkosten, und sie ermöglichten

mit ihren Beiträgen die Bewältigung des sogenannten Rentenbergs und zahlreiche Verbesserungen, z.B. die flexible Altersrente. Kurz und gut, sie wurden beschäftigt, weil es per saldo für die deutsche Volkswirtschaft profitabel war.

Die Anwesenheit ausländischer Arbeiter macht für unsere Bevölkerung ein Stück des Elends in der Dritten Welt sichtbar. Wir erreichen nicht die Ursachen dieses Elends, wenn wir uns darauf konzentrieren, das bis vor unser Wohlstandshaus sichtbare Überschwappen sozialer Not unsichtbar zu machen, indem Europa sich - wie es CDU formuliert - einen Vorhof schafft, der uns dann abschirmt von dem Elend der ganz Unterentwickelten.

So sehr wir uns auch bemühen, die Ursachen des Stroms ausländischer Arbeiter zu beseitigen, so kommen wir auf absehbare Zeit nicht um die Entscheidung in den Fragen herum, ob wir ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik beschäftigen wollen, ob wir die Zuwanderung drosseln wollen - z.B. durch eine Sonderabgabe der Arbeitgeber - und vor allem, ob wir bereit sind, eine größere Verantwortung für die sozialen Probleme der Ausländer in der Bundesrepublik zu übernehmen.

Die CDU-Parole "Die Maschinen zu den Arbeitern bringen, statt die Arbeiter zu den Maschinen" läuft darauf hinaus, privatwirtschaftliche Unternehmungen in Portugal, Spanien, Griechenland, der Türkei und Nordafrika pauschal und so massiv wie möglich mit Steuermitteln zu subventionieren. Eine schon unübersehbare Literatur beweist, daß kein Pauschalurteil über den entwicklungspolitischen Nutzen von Privatinvestitionen möglich ist.

Die positiven Effekte, wie Technologie-Transfer, Devisengewinne oder Schaffung von Einkommen, stellen sich häufig nicht ein, oder sie werden durch größere Nachteile kompensiert, wobei die größte Gefahr, die der Verdrängung oder der Verhinderung eigenständiger Produktionen latent immer vorhanden ist. Angesichts dessen kann ich das Programm der CDU nur als einen neuen Versuch bewerten, Interessenpolitik unter dem Mantel der Entwicklungshilfe zu betreiben. Das Arbeitslosigkeitsproblem in der Dritten Welt ist nicht mit ausgelagerten Arbeitsplätzen aus den Industriestaaten zu lösen. Wenn es im Ernst darum geht, einigen hundert Millionen Arbeitslosen in der Dritten Welt eine Chance zu geben, sich ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten, der muß sich darum bemühen, neue Technologien zu entwickeln, arbeitsintensive Produktionen zu fördern, die den Lebensbedingungen und den technischen und finanziellen Möglichkeiten in den Entwicklungsländern wirklich gerecht werden. Er muß zudem die demokratischen Reformkräfte unterstützen, die die Ursachen der Unterentwicklung beseitigen und nicht nur an Symptomen herumkurieren wollen.

(-/19.11.1973/ks/ex)